

Beilage der
Pädagogischen
Führung

1 | 2008

Schulleitung in Nordrhein-Westfalen

**Zeitschrift der Schulleitungs-
vereinigung NRW e. V.**

**Schulleitungen in
Nordrhein-Westfalen:
Kopfnoten eine Kopflosigkeit**

**Bildungskongress des
Deutschen Städtetages**

**Aachener Erklärung des
Deutschen Städtetages:
»Bildung in der Stadt«**

**Mitglieder schreiben uns ...
zu Verbundschulen**

**Blick über den Zaun:
»Eigenverantwortliche Schule«
in Thüringen**

**Dortmunder Akademie für
Pädagogische Führungskräfte**

Partnership international

Bürokratenhämmerchen

Da ist Bewegung drin ...

Adressen- und Kontoänderungen

Wie wir es sehen

2

Nicht etwa der Sachverstand der Schulleitungen und Kollegien, die hautnah erleben, wie sich politische Entscheidungen und ministerielle Weisungen auf die Schulen und unsere Schülerinnen und Schüler auswirken, hat es geschafft Wirkung zu erzielen. Es war vielmehr der TV-Moderator Beckmann in seiner Talkshow, der die Bildungspolitik in Bund und Ländern als betroffener Vater zweier schulpflichtiger Kinder engagiert und auch emotional anging. In der Diskussion mit Biedenkopf und Engholm über das Turboabitur warf er den Politikern vor, auf den PISA-Schock mit einer schlampig gemachten Schulreform reagiert zu haben, einen ungeheuren Druck auf die Kinder auszuüben und ihnen mit 50-Stunden-Wochen ihre Kindheit zu stehlen. Er forderte, dass Heranwachsende neben der Schule auch noch Zeit zur Verfügung haben müssen für die drei großen F einer glücklichen Jugend: Freunde, Freizeit und Faulenzen, Zeit sich selbst zu entwickeln im Prozess des Erwachsenwerdens, für Entwicklung anstatt Drill mit dem Ziel der schnelleren Berufsverwertbarkeit. Und Engholm legte nach und forderte wieder mehr Sinnlichkeit in unseren Schulen.

Welch eine Wohltat dies zu hören in der verordneten Test- und Ranking-Hysterie, in der die Politiker, durch PISA-Angst getrieben, die Wahrnehmung dafür verloren haben, welche bitteren Auswirkungen den angeblichen Erfolgen ihrer Politik gegenüberstehen. Die Debatte um Jugendkriminalität, Amokläufe, Verwahrlosung, Perspektivlosigkeit und Verarmung hat viel mit unserer allgemeinen Entwicklung zu tun, die die soziale Marktwirtschaft dem Manchester-Kapitalismus und dem Shareholder Value opfert. Es ist fraglich, ob die Schulen die Auswirkungen dieser Politik auch nur teilweise auffangen können.

Das Thema ist nicht mehr wegzudrücken, die Boulevardpresse hat es aufgegriffen. Vergessen sollten wir aber nicht, dass nun dieselben Interessensgruppen protestieren, wenn ihre eigenen Kinder betroffen sind, die zuvor jede Schulreform verhindert haben und die z. B. Kampagnen für das Turboabitur inszeniert haben. Vielleicht gibt es aber hierdurch die Chance, endlich auf Schulleitungen und Lehrer zu hören und eine vernünftige Politik einzuleiten, die nicht an den Symptomen herumdoktort, sondern nach den wahren Gründen für die immer noch schlechten Ergebnisse des deutschen Schulwesens sucht und dann in Ruhe daran geht, gemeinsam mit Schulleitungen, Kollegien, Schülern und Eltern Verbesserungen in unserem Bildungswesen durchzuführen. Das Kind muss im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen.

Beginnen muss dies damit, dass man sich nicht weiter selbst etwas vormacht, wie es bei der PISA-Veranstaltung des Schulministeriums im Dezember in Düsseldorf der Fall war. Schönredner Prenzel sollte die neuesten PISA-Ergebnisse für die Regierung zu einer Erfolgsstory verwandeln. Wer Kritik äußert, wie z. B. der Bildungskommissar Schleicher, wird nicht mehr eingeladen. Auf diese Weise werden die aufwändigen empirischen Untersuchun-



Dr. Burkhard Mielke

Vorsitzender der
Schulleitungsvereinigung NRW e. V.

gen nicht dazu genutzt, Informationen und kriteriengeleitete Bewertungen der eigenen bildungspolitischen Maßnahmen, der Funktionsweise und der Qualität des Bildungssystems auszuwerten und in adäquaten Veränderungsentscheidungen umzusetzen. Unsere Bildungspolitik sollte lernfähiger werden und erkennen, dass die bisherigen Strategien des »Mehr vom Gleichen« nicht zu den erwünschten Steigerungen der Schülerleistungen geführt haben. Für die Schülerinnen und Schüler sind die Wege des Scheiterns nicht geringer geworden, und die Durchlässigkeit der traditionellen Schulformen »nach oben« wurde nicht wirklich gestärkt. Mengen von Eltern und Kindern in Nordrhein-Westfalen wandern das Jahr hindurch von Schule zu Schule und suchen einen neuen Schulplatz für ihr Kind.

Die SLV NRW hat sich zu allen relevanten Fragen bei Anhörungen und bei Terminen im Ministerium geäußert und neben dem Leistungsbezug auch immer eine humane Schule mit umfassender Bildung gefordert, zu der allerdings alle Kinder und Jugendlichen den gleichen Zugang haben müssten.

Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Forderungen des Deutschen Städtetages, die Verantwortung für die Schulen aus der politisch-ideologischen Verkrustung der Landesregierung stärker in die Kommunen zu verlagern, um neue Entwicklungen endlich zu ermöglichen.

Der Vorstand der SLV NRW wird sich demnächst in Aachen mit Vertretern des Städtetages treffen, um die Chancen für eine gemeinsame Zukunftsarbeit für unsere Schulen auszuloten.

Neben den weiteren großen Themen, wie das demographischen Wandels und seiner Auswirkungen auf den Bildungsbereich, nimmt uns aber immer mehr an verordneter Zusatzarbeit im Schulalltag in Anspruch.

Die Reaktion auf die Umfrage der SLV NRW zu den Kopfnoten hat zu einer noch nie da gewesenen Resonanz bei den Schulleitungen in unserem Land geführt, weil es ein aktuelles Beispiel einer doch stetig gesteigerten Mehrbelastung durch scheinbar »nur« pädagogische Maßnahmen darstellt. Sie haben in der Schule immer auch eine organisatorische Seite, die rechtssicher geleistet und umgesetzt werden muss. Ein Drittel aller Schulen in Nordrhein Westfalen hat sich an der Umfrage beteiligt, ein deutliches Zeichen der Relevanz dieses Themas aus Schulleitersicht. Angekommen bei den Schulleitungen ist dies als Zeichen ungehemmter Anordnung weiterer Mehrarbeit. Wir können nur an die Ministerin appellieren, möglichst noch zu den Jahresendzeugnissen diese Regelung außer Kraft zu setzen oder sie zum Wohle der Schüler zu modifizieren oder wie in Bayern wieder ganz abzuschaffen.

Ihr

Burkhard Mielke

Schulleitungen in Nordrhein-Westfalen halten Kopfnoten für eine Kopflosigkeit

Die gerade abgeschlossene, repräsentative Umfrage unseres Verbandes hat ergeben, dass 82 % aller Schulleitungen in Nordrhein-Westfalen die aktuelle Form der Kopfnoten für unangemessen halten.

Die größte Ablehnung erfahren die Kopfnoten bei den Gymnasien. Hier sind 94 % aller Schulleitungen der Meinung, dass Kopfnoten in der jetzigen Form nicht angemessen sind. Ebenfalls eine klare Ablehnung dokumentieren Schulleitungen der Berufskollege (92 %) und der Gesamtschule (91 %). Die genaue Aufschlüsselung der Ergebnisse werden in den Grafiken dokumentiert.

Zu den Gründen der Ablehnung:

Es ist klar, dass es Auftrag der Schule ist, das Arbeits- und Sozialverhalten aller Schülerinnen und Schüler zu entfalten. Gegen die Beurteilung mit Kopfnoten sprechen jedoch schwerwiegende Argumente:

1. Keine besseren Chancen für Ausbildung und Arbeitsleben

Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Verantwortungsbereitschaft lassen sich nicht mithilfe von Notendruck erreichen. Sicher kann es durchaus ein Anreiz sein, eine schlechte Fachnote durch eine gute Betragensnote auszugleichen. Wenn ein Schüler, gerade in der Pubertät, ohnehin keinen Wert auf gute Noten legt, werden ihn Kopfnoten jedoch nicht motivieren, seine Einstellung zu ändern.

Schon jetzt haben auch viele gute Schüler schlaflose Nächte wegen des Leistungsdrucks und der Angst vor schlechten Zensuren. Das wird sich mit den Kopfnoten noch verstärken. Und auch schwache Schüler mit guten Zensuren für das Arbeits- und Sozialverhalten haben keine größeren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Schüler aus einem problematischen Elternhaus werden zusätzlich noch »abgestraft«, angepasste Schüler werden belohnt.

2. Methodik und Anwendung sind unklar

Die Kopfnoten in der jetzigen Form sind inhaltlich höchst fragwürdig – sie sind nicht trennscharf, teilweise sehr vage definiert und in ihrem Verhältnis zu den Fachnoten unklar.

Es ist weiterhin zweifelhaft, ob diese wieder eingeführten Kopfnoten justiziabel sind. Schülerinnen und Schüler werden durch die Kopfnoten in eine Schublade eingeordnet, die viel zu wenig differenziert sind, um eine angemessene Beurteilung auszusprechen zu können.

Kopfnoten in kurzer Textform geben der Schülerin oder dem Schüler, den Eltern und dem künftigen Arbeitgeber ein deutlicheres Bild über die Lern- und Leistungsentwicklung und können somit auch Grundlage schulischer Beratung sein.

Zudem sollen nicht nur die schulischen, sondern auch die außerschulischen und ehrenamtlichen Aktivitäten eines Schülers Eingang in die Kopfnoten finden. Die Pädagogen haben nicht durchgehend Einblick in das soziale Umfeld der Schüler und Schülerinnen. Die familiären Faktoren sind normalerweise nicht einsehbar und somit auch nicht bewertbar.

Zudem ist die Beurteilung in nur vier Zensurwerte (sehr gut, gut, befriedigend, unbefriedigend) im Vergleich zu den Fachnoten irritierend: Ein »Befriedigend« z. B. im Fach Mathematik kann durchaus eine »gute Note« sein, während sie in den Kopfnoten schon auf eine gewisse Schwäche hinweisen kann.

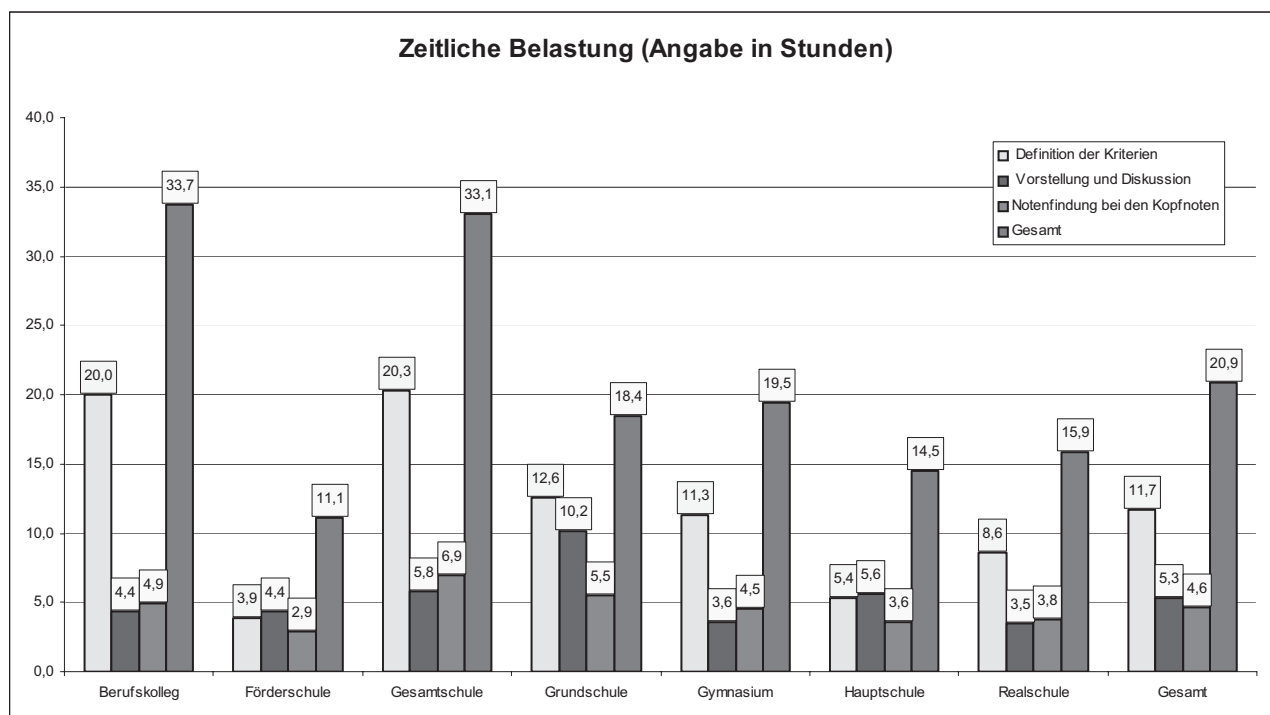
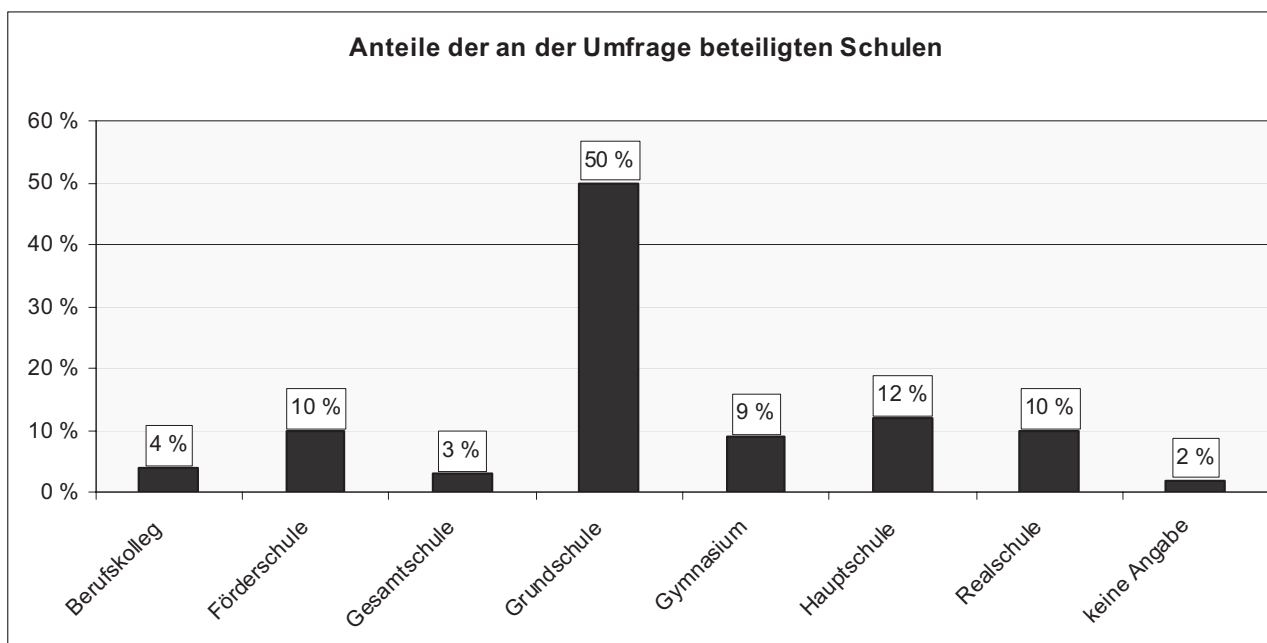
3. Arbeitsbelastung

Aufgrund der nicht eindeutigen Methodik der Benotung ist die Mehrbelastung bei Schulleitungen und Lehrern enorm. Wie die Umfrage ergab, veranschlagen die Schulen durchschnittlich 20,9 Stunden für die Definition der Kriterien, die Vorstellung der Noten durch die Klassenlehrer, die Diskussion und die Notenfindung. Über alle Schulformen hinweg sind hier die Berufskollege mit insgesamt 33,7 Stunden und die Gesamtschulen mit 33,1 Stunden diejenigen, die die höchste Mehrbelastung angaben.

Dass sich durch diese Art der Beurteilung konkret tatsächlich eine erhebliche Arbeitsbelastung (und damit unbezahlte Mehrarbeit) ergibt, zeigt folgendes Rechenbeispiel: Alleine in der Stadt Duisburg erhalten 75.000 Schüler rund 450.000 Kopfnoten pro Halbjahr. Bei geschätzten vier Minuten pro Note erhöht sich damit die Arbeitszeit um 60.000 Arbeitsstunden pro Schuljahr. Das ist der Gegenwert von 33 zusätzlichen Lehrerstellen, die die bisherigen Pädagogen der Landesregierung unentgeltlich zur Verfügung stellen!

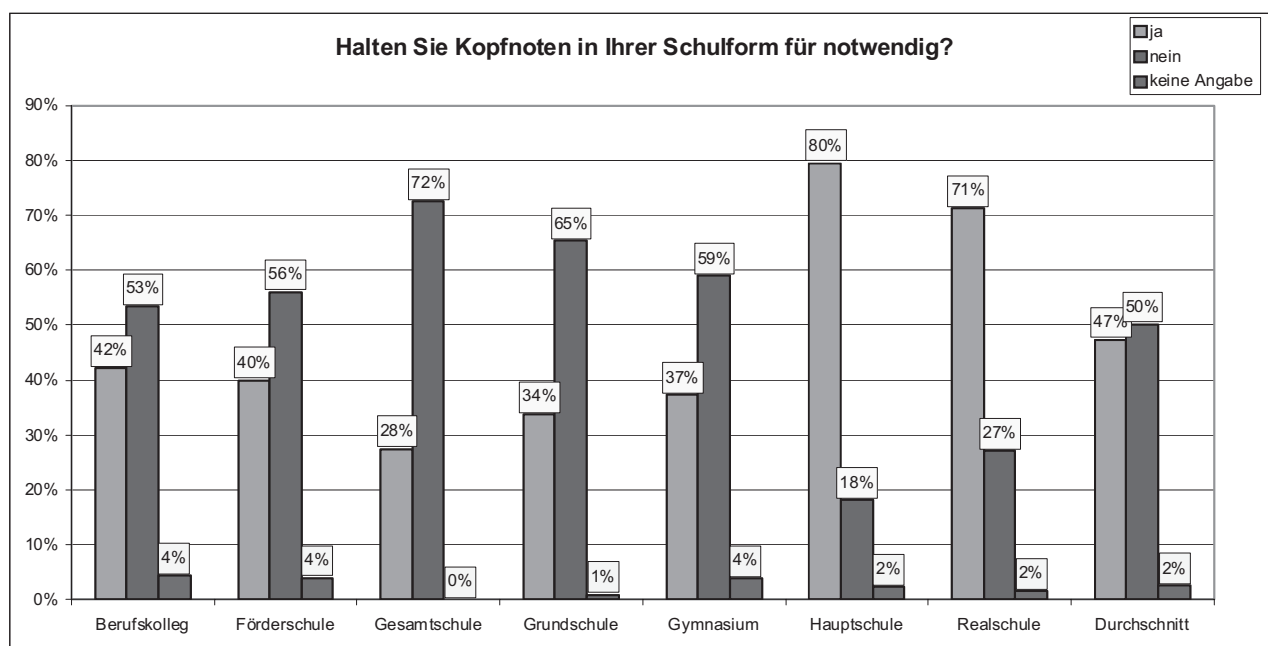
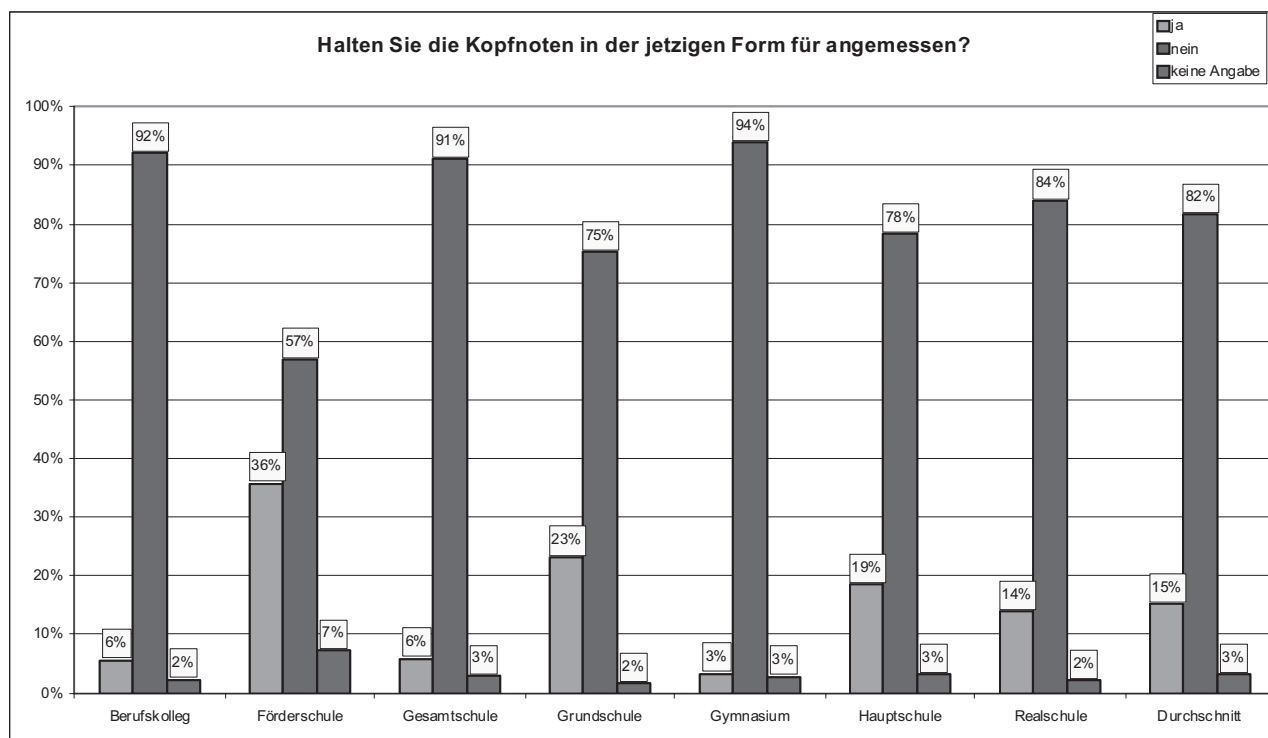
An kleineren und mittleren Schulen entspricht die Zeit, die zur Umsetzung der Einführung und der Notengebung benötigt wird, in etwa der gesamten Leitungszeit einer Woche. Dies bedeutet, dass die Schulleitung neben dem eigenen Unterricht sich eine Woche lang ausschließlich nur um die Kopfnoten kümmern kann. Dass dies nicht praktikabel ist, sollte auch dem Ministerium für Schule und Weiterbildung einsichtig sein.

An der repräsentativen Umfrage beteiligten sich 1.976 Schulen, also etwa ein Drittel aller Schulen in Nordrhein-Westfalen. Die Verteilung der antwortenden Schulen entspricht der Verteilung der Schulformen in unserem Bundesland.



Interpretation der Ergebnisse:

- Ein Drittel aller Schulen in Nordrhein Westfalen haben sich an der Umfrage beteiligt.
- Die Beteiligung der einzelnen Schulformen entspricht der Verteilung der Schulen im Land Nordrhein Westfalen, daher kann die Umfrage als repräsentativ angesehen werden.
- Eine derart hohe Beteiligung in nur zwei Wochen lässt auf einen hohen Leidensdruck und echtes Bedürfnis sich zu äußern schließen.
- Die zeitliche Belastung nur für Schulleitung durch die Einführung von Kopfnoten ist extrem hoch.
- In der Regel liegt die größte zeitliche Belastung in der Vorbereitung der Konferenzen (Definition der Kriterien für die eigene Schulform).
- An kleineren und mittleren Systemen entspricht die Zeit, die zur Umsetzung der Einführung und zur Notengebung benötigt wurde, etwa der gesamten Leitungszeit für Schulleitung in einer Woche. Das bedeutet, dass Schulleitung neben dem eigenen Unterricht sich ausschließlich eine Woche lang nur um die Kopfnoten hätte kümmern dürfen.
- In allen Schulformen werden die Kopfnoten in der jetzigen Form abgelehnt. Im Durchschnitt sprechen sich **82 %** der Befragten **gegen** die Kopfnoten in der jetzigen Form aus.
- In zwei Schulformen, Haupt- und Realschule, erachtet die überwiegende Mehrheit Kopfnoten als notwendig.
- In allen anderen Schulformen werden Kopfnoten generell abgelehnt.
- In der Gesamtschule, Grundschule und Gymnasium erfahren die Kopfnoten die größte Ablehnung. Etwa $\frac{1}{3}$ der Befragten sprechen sich für Kopfnoten, ca. $\frac{2}{3}$ gegen Kopfnoten aus.



Über 1000 der Befragten gaben zusätzlich noch Kommentare ab, mit folgenden Schwerpunkten:

- Individuelle Beschreibungen sind aussagekräftiger! Warum dann noch Kopfnoten? (Grundschule)
- Die Beschreibung von Arbeits- und Sozialverhalten in den Gutachten/Zeugnissen der Klassen 1 bis 3 machen eine Ziffernote redundant und überflüssig. (Grundschule)
- In der Regel werden Problemfälle direkt mit den Eltern geklärt, sodass die Kopfnoten sich erübrigen. (Grundschule, Förderschule)
- Es wird angezweifelt, dass die Notengebung justiziabel ist. (alle Schulformen)

- Die Kopfnoten in der jetzigen Form sind auch inhaltlich höchst fragwürdig: Die Dreierdifferenzierung innerhalb der Noten zum Arbeits- bzw. Sozialverhalten ist zu wenig trennscharf, teilweise sehr vage definiert, überlappt sich zum Teil mit den Fachnoten und ist in ihrem Verhältnis zu den Fachnoten unklar. Wenn überhaupt Kopfnoten, dann nur zwei: Arbeitsverhalten, Sozialverhalten. Unter diesen Begriffen kann sich jeder etwas vorstellen. Kopfnoten sind nur dann sinnvoll, wenn sie eine entsprechende grundsätzliche Verankerung in der Schule und im Unterricht haben. Die jetzige lediglich additive Form bringt nichts; sie erhöht allerdings – wenn sinnvoll gegeben – die Arbeitszeitbelastung der Kolleginnen und Kollegen enorm (ca. zwei Std. pro Schüler pro Halbjahr durch Führen entsprechender Listen und Findung der Note – alle Schulformen)

- Die Noten sehr gut, gut, befriedigend, unbefriedigend sind irritierend, da ein »befriedigend« in Mathematik zum Beispiel durchaus eine »gute« Note sein kann. (alle Schulformen)

Etliche Kolleginnen und Kollegen gaben sehr individuelle Kommentare ab:

- Wir hatten bisher ein Verfahren, dass die Noten Arbeits- und Sozialverhalten nicht mittelt, sondern auf den Fachlehrer bezogen den Schülern eine Rückmeldung gab. Dies war besser, individueller und ging erheblich schneller. Die Entwicklung dieses Konzeptes hat viel Zeit gekostet, konnte aber nur wenige Jahre praktiziert werden, weil es jetzt wieder ein neues, vorgeschriebenes Konzept gibt. Viel Zeit und wenig Nutzen, aber wir Lehrer haben ja wohl immer noch nicht genug Arbeitszeit.
- Das Besprechen und Feststellen der Kopfnoten vor den Zeugnis Konferenzen sowie das Eintragen der Noten in entsprechende Notenlisten bedeutete einen hohen zeitlichen Aufwand für die Kollegen. Die Besprechungen der Arbeitsgruppe zur Anpassung der Kriterien sowie die Abänderung der Zeugnisformulare nahm ebenfalls extrem viel Zeit in Anspruch. Dem gegenüber steht ein Bewertungsergebnis, das trotz intensiver Besprechung den Schülerinnen und Schülern nicht immer gerecht werden kann.
- Für die Mehrzahl der Schüler/-innen sind die Noten wenig aussagekräftig, bei den kritischen Fällen kann das blasse »unbefriedigend« ein Gespräch (oder mehrere) mit entsprechenden Absprachen nicht ersetzen. Sollte über die sechs Noten in der Klassenstufe 4 die Aufnahmebereitschaft der weiterführenden beeinflusst werden, so fände ich das fatal. Wir sprechen hier von 10-jährigen Kindern, die nicht über Kopfnoten in ihren Entwicklungschancen beschnitten werden sollten.
- Unser Berufskolleg hatte bisher bereits zwei »Kopfnoten« auf allen Zeugnissen mit Ausnahme der Abschluss-/Abgangszeugnisse. Ein stark rationalisiertes schulinternes Umsetzungsverfahren hat sich, vom zusätzlichen Arbeitsaufwand betrachtet, als praktikabel erwiesen und wurde vom Kollegium und von der Schülerschaft akzeptiert. Bereits bei diesem Verfahren wurde deutlich, dass allgemein verbindliche und einheitliche Definitionen für Arbeits- und Sozialverhalten nicht gegeben waren und im Kollegium kaum erarbeitet werden konnten. Hervorzuheben ist aus meiner Sicht auch, dass seitens der Arbeitsverwaltung eine überdurchschnittliche Beurteilung geradezu verlangt wurde, wobei eine Beurteilung »entspricht den Anforderungen« von den Personalabteilungen als eher negative Beschreibung aufgefasst wird und damit den Schülern bei Bewerbungen schadet. Hieraus könnte durchaus eine große Anzahl von Widersprüchen erwachsen. Insgesamt erscheint das derzeitige Verfahren beliebig und von der Implementation durch die Schulaufsicht unvorbereitet und unstrukturiert. Sechs Kopfnoten sind m. E. weitestgehend unpraktikabel.
- Bei allen Bemühungen ist es nicht gelungen und kann es nicht gelingen, die vielfältigen Verhaltensformen, -möglichkeiten, -kombinationen in ein Raster mit Noten zu bringen. Einzig die beschreibende Form ist für die Grundschule sinnvoll.
- Wir haben die Kopfnoten auch mithilfe eines Selbsteinschätzungsbogens für Schüler gegeben. Die Schüler haben danach Ziele vereinbart, um ihre Leistungen in den Bereichen zu verbessern. Ich halte diese Art von Auseinandersetzung mit den Leistungen für unerlässlich. Vielen Schülern ist hier der Zusammenhang zwischen Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein etc. und ihren Noten deutlich geworden.

Sabine Kauffeld/Wolfgang Gruhn



Der aktuelle Kommentar zum Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar zum Schulgesetz NRW mit Ratgeber und ergänzenden Vorschriften.

Kern des Schulrechtshandbuches NRW ist ein ausführlicher **Kommentar zum Schulgesetz**, der durch zeitnahe Aktualisierung an die neue Rechtslage angepasst wird. Ergänzt wird das Werk durch den Ratgeber Schule, der aktuelle Stichworte zur Schule erklärt und praktische Hinweise gibt. Wichtige zum Teil erläuterte Vorschriften runden das Werk ab. Eine umfangreiche Vorschriftensammlung auf der beigefügten CD-ROM ermöglicht Ihnen eine schnelle Suche nach zusätzlich benötigten Rechtsgrundlagen.

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.



LinkLuchterhand

eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland

Wolters Kluwer Deutschland GmbH • Postfach 2352 • 56513 Neuwied
Telefon 02631 801-2222 • Telefax 02631 801-2223
www.wolterskluwer.de • info@wolterskluwer.de



Jülich/van den Hövel/Packwitz
Schulrechtshandbuch NRW
1 Ordner, ca. 1.300 Seiten,
€ 78,-
ISBN 978-3-472-06123-6

Bildungskongress des Deutschen Städtetages

Die Kommunen sind bereit zur Veränderung, das war der einstimmige Tenor des Kongresses. Im Rahmen von kommunalen Bildungslandschaften kommt den Städten eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu.

Die Verantwortlichen des Deutschen Städtetages betonten dabei ausdrücklich, dass Bildung mehr als Schule bedeutet. Sie stehen für den ganzheitlichen Ansatz. Kognitives, soziales und emotionales Lernen müssen miteinander verbunden werden. Dabei sind im Interesse des Individuums festgefahrene und zementierte Strukturen aufgebrochen und überwunden worden. In zwei eindrucksvollen, durch viel Beifall unterbrochenen Vorträgen verdeutlichten Prof. Klemm und Prof. Schleicher die Notwendigkeit des Umdenkens. Mit einem Schulsystem des 19. Jahrhunderts, mit im 20. Jahrhundert ausgebildeten Lehrern lassen sich die Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht bewerkstelligen. Kopfschütteln erntete Staatssekretär Günther Winands mit seiner Äußerung, dass aus Sicht des nordrhein-westfälischen Bildungsministeriums eine Schulstrukturdebatte nicht notwendig sei, da sich das Problem bedingt durch den demografischen Wandel quasi von alleine regeln wird. Vehement widersprach Prof. Klemm dieser Einschätzung. Unser jetziges System fördert zunehmend die Segregation, was er durch empirische Zahlen belegen konnte. Auf der Homepage des deutschen Städtetages finden sich unter www.staedtetag.de weitere Informationen.

In acht Fachforen wurde zu verschiedenen Themen gearbeitet. Dabei wurden auch Themen behandelt, die in den letzten Jahren ein Schattendasein geführt haben. So wurde beispiels-

weise auch der große Bereich »Architektur und Schule« angesprochen. An ausgewählten Beispielen in Leverkusen und Potsdam wurde dargelegt, dass bauliche Veränderungen bei bestehenden Gebäuden zur deutlichen Steigerung der Lernkultur beitragen. Ein Schulneubau einer Grundschule in der Stadt Herford zeigte deutlich, wie Architektur auf veränderte Unterrichtsstruktur nicht nur eingehen, sondern sie auch aktiv unterstützen kann. Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.herford.de/media/custom/395_2468_1.PDF?La=1&object=med/395.2468.1

Oder über die Homepage

<http://www.herford.de/> und dann im mittleren Feld »Offene Ganztagsgrundschule« und »Von der Pädagogik zum Raum – vom Raum zur Pädagogik«.

Deutlich wurde in diesem Forum, dass das Raumprogramm der 50er Jahre dem veränderten Anspruch an Unterricht nicht mehr gerecht wird.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Städte sich ihrer veränderten Verantwortung im schulischen Bereich bewusst sind. Sie wollen konstruktiv und verantwortungsvoll an der Verbesserung des deutschen Schulwesens mitarbeiten. Allerdings erwarten sie von den Ländern die Zuständigkeiten bei inneren und äußeren Schulangelegenheiten neu zu ordnen und den Kommunen eine größere Verantwortung einzuräumen. Auch betonten sie, dass die Mittelverteilung so geregelt sein muss, dass die Städte ihren Verpflichtungen im gesamten Bildungsbereich auch nachkommen können.

Wolfgang Gruhn



Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses »Bildung in der Stadt«

am 22./23. November 2007

Die Ergebnisse internationaler Studien haben neben Qualitätsmängeln auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungssystems offen gelegt. Die Bildungschancen in Deutschland sind in hohem Maße abhängig von der Herkunft und der ökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen. Beide Befunde – Qualitätsmängel und Selektion – sind für Deutschland mit seinem Anspruch auf demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sowie mit seiner leistungsfähigen Wirtschaft nicht hinnehmbar.

Die in den Ländern eingeleiteten Reformen in Schule und Bildung gehen in die richtige Richtung. Bundesweite Bildungsstandards, Lernstandserhebungen und zentrale Prüfungen sichern Vergleichbarkeit und Qualität, ermöglichen Wettbewerb und die notwendige Mobilität.

Gleichwohl darf ein ganzheitliches Bildungsverständnis als Grundlage aller Reformbemühungen nicht aus dem Blick geraten. Bildung ist mehr als Schule! Kognitives, soziales und emotionales Lernen müssen miteinander verbunden und in verbindli-

che Vernetzungsstrukturen einbezogen werden. Die kulturelle Bildung, die kognitives Lernen ergänzt, Kreativität fördert und Integration unterstützt, ist in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung zu integrieren.

Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands: Kindertagesstätten, Familienzentren, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur in der Bildung.

Die Verantwortung der Städte in der Bildung muss deshalb gestärkt werden.

Die Städte sollten Bildung als zentrales Feld der Daseinsvorsorge noch stärker erkennen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten

nutzen. Sie sind von Fehlentwicklungen in der Bildung ebenso betroffen, wie sie von den Erfolgen profitieren.

Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaften sind:

- Individuelle Potenziale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip »Anschlüsse statt Ausschlüsse« ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu. Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden.

Die Länder werden aufgefordert, kommunale Steuerungsmöglichkeiten insbesondere im Schulbereich zu erweitern und die Zuständigkeiten im Bereich der inneren und äußeren Schulangelegenheiten zugunsten der Kommunen neu zu ordnen. Zudem müssen sie die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für ein erweitertes kommunales Engagement in der Bildung schaffen.

Länder und Kommunen sind somit gleichermaßen aufgefordert, ihr Engagement in der Bildung im Rahmen staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam mit den zuständigen Akteuren zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Die Städte sind bereit, hierfür ihren Beitrag zu leisten.



Mitglieder schreiben uns ...

Briefe und Emails an den Vorstand und die Redaktion häufen sich in letzter Zeit. Solche Reaktionen sind eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit. Wir veröffentlichen einen Teil der Zuschriften, aus wohlerwogenen Gründen regelmäßig ohne Namensnennung, aber nur, wenn uns Name und Anschrift bekannt sind.

Das Thema »Schulverbünde« oder »Verbundschulen« bewegt die Gemüter unserer Mitglieder z.Zt. mehr als viele andere:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich unterstütze die im Positionspapier gemachten Aussagen. Nach dem, was ich bisher über die weitere Verwendung der Schulleiterinnen und Schulleiter gehört habe, die durch die Zusammenlegung von Schulen »funktionslos« geworden sind, ist es sicher dringend erforderlich, dass die Verbände den Umgang mit diesen Kolleginnen und Kollegen im Auge behalten. Es kann doch wirklich nicht sein, dass sich gestandene Schulleiterinnen und Schulleiter dem kompletten Revisionsverfahren unterziehen sollen. Weiter halte ich es für ein Unding, dass auch für diese Kolleginnen und Kollegen wieder eine Probezeit von fünf Jahren mit anschließender Wiederwahl durch die erweiterte Schulkonferenz gelten soll. Offensichtlich meint das Ministerium, durch diesen haarsträubenden Umgang mit erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Beruf des Schulleiters noch attraktiver zu machen! Hier besteht aus meiner Sicht noch Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

Name und Anschrift der Redaktion bekannt
(Grundschule)

... Die Schulaufsicht hat in der Übergangszeit keinerlei Regelungen getroffen. Fahrtkosten werden übernommen, Dependenceleiter sind Lehrerinnen, die ich mit höchstens zwei Stunden entlasten kann. Primär bleibt das Problem, dass ich wenigstens 15 Stunden selber erteilen muss.

Herzlicher Gruß

Name und Anschrift der Redaktion bekannt

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder der Schulleitervereinigung,

Ich bin Mitglied in der SLV und bedanke mich für die Mail mit den Positionspapieren bezüglich Verbundschulleitung. Inhaltlich kann ich dem aus vollem Herzen zustimmen und habe auch nichts mehr zu ergänzen.

Ich habe mich letzte Woche bei der Regierung in Arnsberg nach meiner Vergütungsanhebung erkundigt, also von A13 nach A13 mit Fußnote 7, da sich durch die Verbundbildung natürlich die Schülerzahl geändert hat. Daraufhin bekam ich zur Antwort, dass ich einen Antrag stellen und vom Schulverwaltungsamt bestätigt werden müsse, dass die Schülerzahlen im Verbund in den nächsten 5 Jahren nicht unter 180 sinken werden. Das werden sie nicht und den Antrag habe ich nun gestellt. Die Gehaltserhöhung tritt nach Aussagen von Herrn K. von der Bezirksregierung erst dann in Kraft, wenn eine Planstelle für mich frei ist! Ich dachte immer, ich nähme drei davon ein! Weiterhin fragte ich nach einer rückwirkenden Besoldung, da ich ja schließlich seit 01.08.2006 drei Schulen leite, die in 2007 Verbund wurden. Eingespart wurden hier schließlich zwei Rektorergehälter und ein Konrektorengehalt, denn den Konrektor bekomme ich erst am 01.02.2008.

Weiteres Problem.

Wie kann ich mich hier wehren und wo meinen berechtigten Anspruch auf sofortige und rückwirkende Vergütung anmelden? Was soll ich tun?

Es wäre nett, wenn Sie mir alsbald antworten würden.

Herzliche Grüße

Name und Anschrift der Redaktion bekannt

Sehr geehrter Herr Mielke,
sehr geehrte Frau Reiske,
sehr geehrter Herr Staercke,

ich leite eine Realschule mit zurzeit 720 Schülerinnen und Schülern und habe mit Interesse die Anhänge Ihrer Mail gelesen. Ich möchte darauf hinweisen, dass in diesem Zusammenhang vom SLV-NRW auch gleich die noch anstehenden Verbünde von Realschulen mit Hauptschulen mit bearbeitet werden sollten. Ich weiß, dass es auch im Ministerium zunehmend Stimmen gibt, die ähnliches wie in Schleswig-Holstein und jetzt Baden-Württemberg fordern und die eigenständigen Schulformen Haupt- und Realschule zu einer Schulform zusammenführen wollen. Außerdem wird auch im Schulausschuss des Landtages die Möglichkeit eines zweigliedrigen Schulsystems vorgestellt und diskutiert.

Nach meiner Ansicht ist eine radikale Reform mit einem deutlichen Schnitt in der Schulformdiskussion im Bildungsbereich nötig. Wenn die Politik die PISA-Ergebnisse ernst nehmen würde, dann müsste sie den Schritt zu einer anderen Schullandschaft machen. Was haben wir denn in den letzten 15 Jahren festgestellt? Das Leistungsniveau des Gymnasiums ist auf das einer guten Realschule von vor 15 Jahren abgefallen. Das der meisten Realschulen auf das einer guten Hauptschule und die Hauptschulen leisten heute das, was vor 15 Jahren die »Sonderschulen« haben leisten müssen. Alle Hinweise darauf wurden von allen politisch Verantwortlichen nicht ernst genommen nach dem Motto: »Da meckern sie wieder, die Halbtagsarbeiter«.

Erst heute wird langsam in den Köpfen der Politiker klar, was ein gut funktionierendes Bildungssystem leistet. Wenn ich die Länder mit guten PISA-Ergebnissen ansehe und mir Gedanken für uns mache, dann sehe ich für Deutschland (nicht nur NRW) ein System von 3 Säulen im Schulbereich:

- die Säule der Vorschul- und Kindergartenbildung,
- die Säule der allgemeinbildenden Schule von Klasse 1 bis Klasse 10 (aber nicht Gesamtschule),
- die Säule der Sekundarstufe 2 sowohl mit Abitur in 2 Jahren wie auch die berufsbezogene Bildung der Berufskollegs in unterschiedlicher, zeitlicher Ausprägung.

Betrachte ich mir die von Frau Ministerin Sommer und Herrn Minister Pinkwart angedachten Änderungen in der Lehrerausbildung, dann zielt das doch direkt darauf hin. Die einzige Schulform, die auch in der Ausbildung selbstständig bleibt, ist die des Gymnasiums. Leider ist das Gymnasium schon jetzt von der Gesamtentwicklung abgekoppelt, denn ein Schulformwechsel nach Klasse 5 in das Gymnasium ist heute fast ausgeschlossen. Die meisten Eltern wollen den Stress nicht. Mehr und mehr kommen die Eltern, die ihre Kinder in der Erprobungsstufe des Gymnasiums haben, wollen für ihre Kinder eine ausreichende »Zeit zum Lernen« und bitten um Aufnahme in die Realschule. Das zeigen auch die Abweichungen von den landes-

weit prognostizierten zu den realen Schülerzahlen in den Schulformen zu diesem Schuljahr. Mir schwebt eine Schule vor, in der sich ein Team von Lehrerinnen und Lehrern um eine Jahrgangsstufe von Klasse 1 bis Klasse 10 kümmert. Diese Idee habe ich schon länger und ich weiß wovon ich spreche, ich habe die Ausbildung für Primar- und Sekundarschulen und habe auch an Grund-Haupt-Realschule und Gymnasium unterrichtet. Ich denke, diese Art von Schule mit der jetzt auch im Schulgesetz festgeschriebenen Individuellen Förderung ist machbar und wird leistungsstärker sein, als das was sich zur Zeit in unserem »zergliederten« System finden lässt. Dazu gehört all das, was zur Zeit auch in den Medien mehr und mehr Raum einnimmt, sei es die gleiche Bezahlung, gleiche Stundenverpflichtung bis hin zur Forderung einer wirklichen »Führung« in der Schule durch ausgebildetes Personal mit hinreichend Zeit zur Leitung. Auch auf dem Gebiet der Schulleitung muss es radikale Veränderungen geben. Nach meiner Vorstellung gäbe es hier zwei Möglichkeiten:

–1– Wir belassen es bei einer »lebenslangen« Berufung in das Amt, dann muss es aber auch zwingend möglich sein, dass diese Leitung an unterschiedlichen Schulen tätig wird – sprich mindestens 2× versetzt wird. Das muss ja nicht gleich 100 km weiter weg sein. Aber ich denke dieser Wechsel ist sowohl für das System Schule als auch für den Amtsinhaber/in nur von Vorteil. Jeder kann ja an jeder Schule Leitung machen. Beide Seiten haben etwas davon (ich habe es selbst erfahren). Außerdem würde man dann sicherstellen, dass es an allen Schulen eine einheitlichere Vorgehensweise und Strukturen gibt, damit sich eine andere Leitung schnell darin zurechtfinden kann. Unterricht sollte möglichst keine Aufgabe der Leitung sein. Dazu bleibt keine Zeit, wenn ich die Aufgaben und Verpflichtungen einer Schulleitung ernst nehme. Damit die Leitung aber den Faden zum Unterricht nicht verliert, könnte sie die viel zitierte »Vertretungsreserve« an den Schulen sein, die dann zum Einsatz kommt wenn es nötig ist. 2–3 Wochen kann ich eine Unterrichtsverpflichtung von bis zu 15 Stunden machen, aber eine »dauernde Unterrichtslast« ist bei den heutigen Belastungen nicht vertretbar.

Zu alle dem kommt noch die immer dichter werdende Arbeitsfülle, die durch die Weitergabe von Verwaltungsarbeiten aus den oberen Schulaufsichten an die Schulen entsteht.

–2– Die Schulleitungen werden auf Zeit (längstens 2 Amtszeiten mit 6 Jahren) berufen und kehren danach aus dem Leitungsberuf wieder in den Lehrberuf zurück. Mit Sicherheit sind dann auch mehr Kolleginnen und Kollegen bereit, das Wagnis einer Leitung einzugehen, denn ein Zurückgehen wird nicht mehr als »Scheitern im Beruf« angesehen. Es gäbe noch eine Menge über dieses Thema zu berichten. Aber was mich zur Zeit am meisten ärgert ist die Tatsache, dass es mit allen möglichen Beteiligten Dialoge der politisch Verantwortlichen gibt, nur mit denen, die das dann machen sollen, gibt es keinen. Da meine Gesundheit bei den derzeitigen Belastungen auf Dauer Schaden nimmt, bin ich ernsthaft auf der Suche nach anderen Möglichkeiten. Dabei macht mir nicht die Tatsache der vielen Arbeit den Stress, sondern die, dass ich keine Möglichkeiten zur Veränderung habe, weil mir der Zugriff auf die Ressourcen nicht möglich ist. Letztendlich sind sollen wir Schulleitungen eigenverantwortlich werden oder schon sein. Aber zurzeit werden wir nur für Missstände verantwortlich

gemacht, für deren Abhilfe uns keinerlei Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. In der derzeitigen Lage, glaube ich, könnten wir schon jetzt mehr bewegen, wenn den Schulen der Etat über Sach- und Personalmittel wirklich zur Verfügung gestellt würde. Ein Gespräch mit Vertretern aus Wirtschaftsverbänden darüber ergab, dass auch die Unternehmerverbände mit der Schulpolitik und dem derzeitigen System nicht zufrieden sind. Sie boten mir an, bei einem entsprechenden Konzept die Mittel für eine »Neue, andere Schule« besorgen zu wollen. Bei allen Globalisierungsdebatten kann es doch nicht sein, dass wir in Deutschland auf dem Bildungssektor eine Kleinstaaterei wie im 18. Jahrhundert betreiben, in der es mehr um Sicherung der »Macht« als um sachliche Lösungen der anstehenden gesellschaftlichen Probleme geht.

Mit freundlichen Grüßen

Name und Anschrift der Redaktion bekannt
(Realschule)

Sehr geehrte Frau Reiske,
sehr geehrter Herr Staercke,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum einen bedanke ich mich bei Ihnen für die Informationen zum Thema »Verbundschulen« in Ihrer E-Mail vom 02. 11. 2007, zum anderen möchte ich gerne wissen, ob Ihre Einschätzungen und Vorschläge auch für aufgelöste und dann neu errichtete Schulen der Sekundarstufe I – in meinem Fall eine Hauptschule – gelten. Da die von Ihnen völlig richtig dargestellten Grund- und Folgeprobleme einer solchen Zusammenlegung auch in einer Hauptschule anfallen, bin ich als seit dem Schuljahresbeginn betroffener und am Mittwoch dieser Woche für fünf Jahre auf Zeit berufener Schulleiter einer neu errichteten Ganztags Hauptschule für weitere Informationen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Name und Anschrift der Redaktion bekannt
(Hauptschule)

Blick über den Zaun – Das Entwicklungsvorhaben »Eigenverantwortliche Schule« in Thüringen

Ähnliches ist nicht dasselbe – der Blick über den Zaun in das Bundesland Thüringen zeigt bei allen Ähnlichkeiten doch auch deutliche Unterschiede. Dabei sind kleine Details – z. B. beim Umgang mit interner Evaluation und externer Qualitätsanalyse – für den Erfolg möglicherweise entscheidender, als spektakuläre Abweichungen, wie der Beitrag von Wilfried Hegen, Leiter der Arbeitsgruppe »Unterrichtsqualität« im Thüringer Kultusministerium, zeigt.

Anlässlich des zweiten Thüringer Schulleitertages am 27. November 2004 erklärte Kultusminister Prof. Dr. Jens Goebel:

»... Leitziel und Methode unserer Schulpolitik ist es, heute und morgen Schulen den Rahmen zu geben, sich eigenverantwortlich entwickeln zu können, dabei Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle als Maßstab für diese Entwicklung bewusst zu machen, sowie diese auch in öffentlicher Rechenschaftslegung zu dokumentieren ...«

Wesentliche Schwerpunkte des Entwicklungsvorhabens »Eigenverantwortliche Schule« sind:

- Übernahme von Verantwortung für Erziehung und Unterricht an der jeweiligen Schule durch diese selbst:
 - durch Entwicklung eines schulinternen Konzeptes für stärkere Schülerorientierung, (individuelle) Förderung und Verbesserung der Unterrichtsqualität,
 - für Organisation und Personal der Schule auf der Grundlage der Rahmenvorgaben des Landes.
- Schulinternes professionelles Qualitätsmanagement:
 - schulinterne und externe Evaluation (Expertenteams),
 - Arbeit mit Instrumenten der Evaluation, insbesondere Kompetenztests (und deren aufwändigen Auswertungsberichten), Prüfungsauswertung, ThüNIS (Thüringer Netzwerk Innovativer Schulen, aufbauend auf Bertelsmanns INIS), SefU (Schüler als Experten für Unterricht).

- Rechenschaftslegung gegenüber dem sozialen Umfeld der Schule, d. h. gegenüber Schülern und Eltern, aber auch Schulträgern, Wirtschaft u. a..

- Systematische Schulentwicklung über eine Zielvereinbarung auf **gleicher »Augenhöhe«** mit dem Staatlichen Schulamt.

Hauptunterschied zur bisherigen Schulentwicklung ist die externe Evaluation durch ein unabhängiges Expertenteam, wobei die dabei gewonnenen **Daten und Empfehlungen Eigentum der Schule bleiben** (Eigenverantwortliche Schule!); dieser Vertrauensvorschuss an die einzelne Schule hat sich bereits bei der Regelung bewährt, die Auswertungen der Kompetenztests (=Vergleichsarbeiten) als Besitz der Schule zu deklarieren, **die dann eigenverantwortlich entscheidet, wem diese Daten außerhalb der Schule zugänglich gemacht werden.**

Die Teilnahme am Entwicklungsvorhaben basiert auf einer bewussten Entscheidung der Einzelschule und somit auf einer Beschlussfassung der jeweiligen Schulkonferenz. Während der Pilotphase ab dem Schuljahr 2005/2006 nahmen ausschließlich Schulen teil, die sich auf Grund der erhaltenen Informationen und vor allem aus eigenem Interesse an einer »Fremdsicht« auf ihren Leistungsstand beworben hatten (ca. 60 von damals 930 Thüringer Schulen). Seit dem Schuljahr 2006/2007 ist neben der Anmeldung durch die Schule selbst auch eine Benennung durch die staatlichen Schulämter möglich. Mit Schuljahresende 2007/2008 werden voraussichtlich weitere knapp 150 Schulen am Entwicklungsvorhaben teilnehmen. Letztlich sollen alle Thüringer Schulen sich beteiligen. Das gesamte Vorhaben stützt sich auf den »Qualitätsrahmen schulischer Entwicklung« (www.thuerin-gen.de/de/tkm/schule/schulwesen/schulentwicklung/evas/).

Das Entwicklungsvorhaben beschränkt sich derzeit bewusst auf die Prozessqualitäten, weil durch die aufwändige Auswertung der Kompetenztests sowie der Prüfungsergebnisse durch

die Friedrich-Schiller-Universität Jena (www.kompetenztest.de) den Schulen eine Vielzahl an detaillierten Daten zu ihren Wirkungsqualitäten zu Verfügung gestellt werden. Hierdurch wird auch deutlich, dass es bei diesem Vorhaben nicht um ein Ranking von Schulen geht, sondern zunächst um die **Entwicklung einer Evaluationskultur an den Schulen. Für die Qualität einer Schule sind neben Prozess- und Wirkungsqualitäten auch die Kontextqualitäten, konkreter: z. B. für die Schule kaum veränderbare Zustände des schulischen Umfeldes, der sozialen Verhältnisse der Schüler und Eltern, des Schulgebäudes usw. mitentscheidend.** Deshalb wäre ein fairer Vergleich zwischen einzelnen Schulen, der wirklich nur die Qualität der innerschulischen Prozesse »messen« möchte und die unterschiedlichen Kontextqualitäten zuverlässig ausblendet, mit der verfügbaren Datenlage nicht leistbar. Aus diesem Grunde wird in Thüringen konsequent auf ein Ranking, gar ein öffentliches Ranking, verzichtet.

Die Prozessqualitäten werden vom Qualitätsrahmen in fünf Bereiche gegliedert, die für das Entwicklungsvorhaben detailliert betrachtet werden müssen:

- Lehren und Lernen
- Schulklima und Schulkultur
- Kooperation und Kommunikation
- Führung und Management
- Ziele und Strategien

Das Entwicklungsvorhaben selbst gliedert sich in folgende Teilschritte:

1. Beschluss der Schulkonferenz sowie Zustimmung des Schulträgers zur Teilnahme am Entwicklungsvorhaben,
2. Beschreibung der Eckdaten der Schulsituation (strukturell, finanziell, ...) mithilfe eines Datenblatts mit einer Kurzdarstellung der angestrebten Entwicklungsziele der Schule,
3. Bearbeitung der Checkliste zur Selbsteinschätzung der Prozessqualitäten der Schule (die Checkliste »Allgemeinbildende Schulen« und die Checkliste »Berufsbildende Schulen« unterscheiden sich lediglich in wenigen, spezifischen Fragen),
4. Evaluation der Schule durch ein externes Expertenteam (Unterrichtsbesuche, Gespräche, ...),
5. Rückmeldung der Evaluationsergebnisse an die Schule mit Empfehlungen für die weitere Schulentwicklung; **beides bleibt im Besitz der Schule.**
6. Vorbereitung, Aushandlung und Abschluss einer Zielvereinbarung der Schule mit dem zuständigen Schulamt über bis zu drei Jahren Dauer. Die Schule geht Verpflichtungen bezüglich der Erreichung ihrer Ziele ein, das Schulamt als Qualitätsagentur **verpflichtet sich zu bestimmten Unterstützungsleistungen**, insbesondere durch sein Unterstützungssystem.
7. Im Zeitraum der Zielvereinbarung arbeitet die Schule an der Erreichung ihrer Ziele, unterstützt durch die Qualitätsagentur, aber ansonsten weitgehend eigenverantwortlich. Dies beinhaltet eine Reflektion des eigenen Schulentwicklungsprozesses auf jeden Fall intern, besser auch öffentlich.
8. Rechenschaftslegung über die Erreichung der Zielvereinbarung gegenüber dem Schulamt und Aushandlung einer neuen Zielvereinbarung zwischen Schule und Schulamt. Parallel dazu, aber letztlich unabhängig davon, erfolgt in regelmäßigem Turnus (derzeit geplant 3 – 5 Jahre) der Besuch eines Expertenteams, um der Schule eine Rückmeldung zu ihrem Arbeitsstand zu geben, mit Checklisten, Schulbesuch, Rückmeldung und Empfehlungen.

Im Rahmen der zu Verfügung stehenden Expertenteams ordnet eine Koordinierungsstelle »EVAS« (Eigenverantwortliche Schule) der jeweiligen Schule ein Expertenteam zu. Zwischen Schule und Expertenteam werden dann die nächsten Schritte wie Terminketten, notwendige Unterlagen zur Schule, besondere Schwerpunkte der Schule, Organisation der Unterrichtsbesuche und der Interviews abgesprochen. Hier wird deutlich, dass der Organisationsaufwand möglichst gering und die Prozessverantwortung möglichst schulnah gehalten werden soll.

Zum Expertenteam:

Der Einsatz von »hauptamtlichen Vollzeitinspektoren« ist in Thüringen nicht vorgesehen. Ausgehend von der Überlegung, dass, wie oben bereits erwähnt, an Schulen eine (interne) Evaluationskultur erst einmal entwickelt werden muss, wird die externe Evaluation von speziell fortgebildeten Schulleitungsmitgliedern und auch Schulamtsmitarbeitern geleistet, die **grundsätzlich außerhalb des eigenen Schulamtsbereiches eingesetzt** werden. Dieses Vorgehen steht unter der Überschrift »gleiche Augenhöhe«. Ein solches Expertenteam besteht aus drei Mitgliedern, denen als Arbeitszeit je eine Viertelstelle zu Verfügung gestellt wird (bei Schulleitungsmitgliedern), bzw. die im Schulamt entsprechend entlastet werden müssen (bei Schulamtsmitarbeitern) und die **als Team in einem Schuljahr vier Schulen besuchen** müssen.

Mit einem Ministerschreiben Anfang 2005 wurden alle Schulleitungen und Schulämter auf die Tätigkeit in einem Expertenteam hingewiesen und um freiwillige Meldungen dafür geworben. Die künftigen Experten werden in einer aufwändigen Fortbildung am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) auf die Tätigkeit vorbereitet. Zwischenzeitlich hat sich gezeigt, dass die **Experten »als aus der gleichen Praxis kommend«** von den Schulen, insbesondere von den Schulleitungen als kompetente und unterstützende Partner angenommen werden und nicht als Kontrolleure, die lediglich nach Schwächen und Fehlern suchen.

Im Schuljahr 2007/2008 wird erstmals ein Expertenteam aus drei für diese Aufgabe komplett freigestellten Schulleitungsmitgliedern erprobt; von diesem »Vollzeitexpertenteam« wird erwartet, dass sie 16 Schulen besuchen werden. Darüber hinaus sind diese Experten vorgesehen, bei der Ausbildung weiterer Experten zu unterstützen sowie andere Expertenteams in der Form des »Shadowing« zu begleiten. Zum Ende des Schuljahres muss dann geprüft werden, ob sich dieses Vorgehen bewährt hat und ggf. erweitert oder auch aufgegeben werden muss. **Auch hier ist die Tätigkeit »Experte« grundsätzlich zeitlich befristet gedacht.**

Zum Schulbesuch des Expertenteams:

Die Teams erhalten zur Vorbereitung notwendige statistische Daten von der Schule; dies wird zukünftig erheblich vereinfacht werden können, wenn das im kommenden Schuljahr als Erprobung startende Schulportal flächenhaft abrufbar sein wird.

Der eigentliche Schulbesuch beansprucht drei, bei sehr großen Schulen auch vier Tage. Dabei werden Gespräche mit der Schulleitung, den Mitwirkungsgremien, Lehrkräften, Schülern und Eltern geführt, mit Lehrkräften, Elternvertretern und Schülern meist in Form von Gruppeninterviews; ein Gespräch mit dem Schulträger wird häufig geführt, ist aber nicht generell vorgeschrieben, es kann z. B. auch aus Termingründen nicht zustande kommen. Ein Gespräch mit der Schulaufsicht ist als »Gespräch« nicht vorgesehen; die Schulaufsicht ist jedoch inso-

weit in den Schulbesuch eingebunden, als vor Beginn des Schulbesuches der für die jeweilige Schule zuständige Referent des Schulamtes den gleichen Erhebungsbogen (Checkliste) wie die Schule ausfüllt um die Sicht der Schulaufsicht auf die Schule wiederzugeben; dieser Bogen liegt dem Expertenteam vor.

Der Prozentsatz an besuchten Lehrkräften ist nicht generell festgelegt, er hängt stark von der jeweiligen Schulgröße ab. In kleineren Schulen werden alle Lehrkräfte besucht, in großen Schulen wird von mindestens 60% besuchter Lehrkräfte ausgegangen.

Die Unterrichtsbeobachtungen bestehen aus einer Mischung von Unterrichtsbesuchen, die zwanzig Minuten oder eine ganze Unterrichtsstunde dauern, teilweise mit klar definierten, speziellen Beobachtungsaufträgen. Die Mischung wird vom einzelnen Expertenteam in Absprache mit der Schule festgelegt. Ziel der Unterrichtsbesuche ist es, zu Aussagen zu kommen, wie der Unterricht insgesamt an der Schule beschaffen ist und nicht – wie an Schulen fälschlicherweise öfter angenommen – eine Bewertung und Rückmeldung zum Unterricht einzelner Lehrkräfte. Letzteres bleibt eine Aufgabe der Schulleitungen.

Die mündliche und schriftliche Rückmeldung des Expertenteams an die Schule beinhaltet auch Empfehlungen für die weitere Arbeit der Schule, die allerdings keine verbindlichen Vorgaben sind (in aller Regel jedoch aufgegriffen werden). Sie erfolgt ausschließlich an die Schule, die dann entscheidet, wem der Bericht zugänglich gemacht wird. In aller Regel erfreuen sich die Rückmeldungen hoher Akzeptanz durch die Schulen, teilweise wohl auch, weil sie durchaus bereits Bekanntes oder Empfundenes mit der Autorität der Fremdsicht benennen. Zum Abschluss des Schulbesuches erhalten die Expertenteams selbst eine Rückmeldung aus der Schule, Einschätzungen ihres Auftretens, der Relevanz ihrer Befunde und der Sinnhaftigkeit ihrer Empfehlungen betreffend.

Damit ist die Arbeit des Expertenteams an der einzelnen Schule abgeschlossen.

Zur Zielvereinbarung:

Nach der Rückmeldung bereitet die Schule eine Zielvereinbarung mit dem Schulamt vor; sie bezieht dabei die Empfehlungen des Expertenteams in ihren Diskussionsprozess ein. An diesem Diskussionsprozess sind Schulleitung, Lehrkräfte, Schüler (altersangemessen) und Eltern beteiligt. Es folgt anschließend ein Aushandlungsprozess zwischen Schule und Schulamt, an dessen Ende eine Zielvereinbarung steht zwischen der Schule, die sich zur Erreichung bestimmter Ziele, und dem Schulamt, das sich zu bestimmten Unterstützungsleistungen verpflichtet. Wichtig erscheint dabei, dass **die Initiative bei der Zielformulierung von der Schule ausgeht und nicht vom Schulamt vorgegeben wird**, weil nur so eine hohe Akzeptanz bei der gesamten Schulgemeinde erreicht wird. Bei den bisherigen Zielvereinbarungen erwies sich der Komplex »Unterrichtsverbesserungen« als ganz eindeutiger Schwerpunkt. Zur Unterstützung bei der Formulierung wurde ein Raster für Zielvereinbarungen entwickelt (zu finden unter www.thillm.de/thillm/start-schule). Als Zeitspanne für die Laufzeit einer solchen Zielvereinbarung wird derzeit von ca. drei Jahren (+/- 1 Jahr) ausgegangen; Genauerer wird sich nach den ersten Zielvereinbarungsevaluationen erweisen.

Entwicklungsvorhaben Eigenverantwortliche Schule und Staatliche Schulämter:

Ausgehend von der Überlegung, dass zunehmend eigenverantwortlicher werdende Schulen eine andere Schulaufsicht brau-

chen, wurden in engem Zusammenhang mit dem Entwicklungsvorhaben »Eigenverantwortliche Schule« mit dem Schuljahr 2005/2006 die staatlichen Schulämter umstrukturiert. Gleichzeitig wurde festgelegt, **dass sich alle staatlichen Schulämter einem dem der Schulen analogen Fremdevaluationsverfahren unterziehen müssen**. Dazu wurde ein analoger Qualitätsrahmen für die Schulaufsicht formuliert. In Anlehnung an die Checkliste für die Schulen und aufbauend auf dem genannten Qualitätsrahmen Schulaufsicht wurden ein Datenblatt und eine Checkliste für die Schulämter entwickelt. Sowohl Qualitätsrahmen als auch Datenblatt und Checkliste wurden in verschiedenen Veranstaltungen mit Schulamtsmitarbeitern diskutiert und genauer den Bedürfnissen angepasst. Die ersten beiden Schulämter wurden im Herbst 2006 besucht, bis Ende des Jahres 2008 werden alle elf staatlichen Schulämter besucht worden sein. Das Verfahren für die Schulämter ist bewusst analog dem der Schulen aufgebaut.

Zur Wahrung des Prinzips »nicht im eigenen Schulamtsbereich« wurden zwei Expertenteams gebildet, jeweils bestehend aus einem Schulleiter, einem Schulamtsmitarbeiter sowie aus einer Spezialistin für Organisationsfragen, die zwecks Vergleichbarkeit in beiden Teams tätig ist und über einen Werkvertrag gewonnen wurde. Ähnlich zeitraubend wie bei den Schulen gestaltet sich für die Schulämter die Vorbereitung der Zielvereinbarung mit dem Kultusministerium. **Hier scheint sich als Schwerpunkt für die zukünftige Arbeit der Schulämter die Weiterentwicklung und Verbesserung der Kommunikationskultur innerhalb der Schulämter aber auch nach außen abzuzeichnen.**

Entwicklungsvorhaben eigenverantwortliche Schule und Unterstützungssystem:

Das bisherige Unterstützungssystem war bisher sehr stark angebotsorientiert. Mit Blick auf zunehmend eigenverantwortlicher agierende Schulen muss das Unterstützungssystem zukünftig vermehrt nachfrageorientiert gestaltet werden. In Konsequenz des Entwicklungsvorhabens wird das Unterstützungssystem deshalb mit dem kommenden Schuljahr 2008/2009 dergestalt weiterentwickelt, dass Schulen, die am Entwicklungsvorhaben teilnehmen und eine Zielvereinbarung mit dem Schulamt abgeschlossen haben, als ihren Anteil am Unterstützungssystem im Durchschnitt sechs Wochenstunden zugewiesen bekommen, um ihre speziellen Fortbildungsbedürfnisse abdecken zu können.

Das Entwicklungsvorhaben »Eigenverantwortliche Schule« führt die Linie der Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschule weiter, die mit der Propagierung der »dialogischen Schulaufsicht« seit 1994, den Thüringer Lehrplänen mit ihren Spielräumen und dem eigenen Fortbildungsbudget für Schulen seit 1999, sowie der Öffnung der Stundentafeln für die Regelschulen und demnächst auch der Gymnasien begonnen wurde. Das Entwicklungsvorhaben zielt ab auf die Erhöhung der Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume der einzelnen Schulen, um so die Qualität der schulischen Arbeit zu erhöhen.

Zur Erhöhung der Akzeptanz wurden ein Flyer, eine DVD entwickelt (beides unter www.thueringen.de/de/tkm/schule/schulwesen/schulentwicklung/evas/), sowie in der Reihe »Materialien« des ThILLM der Ordner »Qualitätsentwicklung an Thüringer Schulen« (ISSN 0944-8705) als erweiterbare Lose-Blatt-Sammlung herausgegeben und den Schulen zu Verfügung gestellt.

Wilfried Hegen



Dortmunder Akademie für pädagogische Führungskräfte (DAPF)

44139 Dortmund, Hohe Str. 141

Frühjahrsprogramm der DAPF

Die Dortmunder Akademie für Pädagogische Führungskräfte (DAPF) wurde von zwei Einrichtungen der Technischen Universität Dortmund, dem Zentrum für Weiterbildung und dem Institut für Schulentwicklungsforschung Ende 2005 ins Leben gerufen. Die DAPF hält ein umfassendes Weiterbildungsangebot zu Grundlagen und als besonders wichtig erkannten Zukunftsfeldern pädagogischer Führung vor.

Im Zeitraum von März bis Mai 2008 bietet die DAPF ein **Ensemble von Seminaren** an. Diese Angebote sollen zukünftig weiter ausgebaut werden.

A. Klärungseminare

- Interesse an Schulleitung? – Klärung der eigenen beruflichen Weiterentwicklung
- Dozentin: Carmen Kloft; Leiterin der Schulleitungsfortbildung in Hessen
- Termin: 09./10. Mai 2008; 09:00–16:30 Uhr

B. Grundlagenseminare

- Moderation leicht gemacht
- Dozent: Prof. Dr. Bernd Ott; Lehrstuhl für Technik und ihre Didaktik; TU Dortmund
- Termin: 24. April 2008; 09:00–16:30 Uhr
- Projekte wirksam und nachhaltig gestalten
- Dozent: Prof. Dr. Rolf von Lüde; Professor für Soziologie; Universität Hamburg
- Termin: 14. April 2008; 09:00–16:30 Uhr
- Konflikte effektiv managen
- Dozent: Prof. Dr. Bernd Gasch; Professor für Pädagogische Psychologie
- Termin: 06. Mai 2008; 09:00–16:30
- Gespräche professionell führen
- Dozent: Prof. Dr. Bernd Gasch; Professor für Pädagogische Psychologie
- Termin: 09. Juni 2008; 09:00–16:30

C. Updates – Seminare für Teilnehmer mit Vorerfahrungen

- Zielvereinbarungen konsequent und wirksam schließen
- Dozent: Prof. Dr. Hans-Günter Rolff; Professor für Schulpädagogik und Bildungsforschung
- Termin: 10. Juni 2008; 09:00–16:30 Uhr
- Schulrecht aktuell
- Dozent: Dieter Barz; Schulrechtsdezernent Bezirksregierung Arnsberg
- Termin: 03. Mai 2008; 09:00–16:30

D. Spezialseminare

- Vorbereitung auf die Qualitätsprüfung (Inspektion)
- Dozent: Wulf Homeier; Leiter der Qualitätsanalyse NRW
- Termin: 05. Juni 2008; 09:00–16:30
- Schüler-Lehrer Feedback – mehr als eine Alternative zu »Spick mich«

- Dozent: Prof. Dr. Hans-Günter Rolff; Professor für Schulpädagogik und Bildungsforschung

- Termin: 11. Juni 2008; 09:00–16:30 Uhr

Die Teilnahmegebühr beträgt pro Tag EUR 125,– und versteht sich incl. Mittagessen, Pausenverpflegung und Seminarunterlagen.

Die Schulleitungsvereinigung NRW erstattet ihren Mitgliedern einmal jährlich EUR 30,– der anfallenden Teilnahmegebühr.

Ab Mai 2008 bietet die DAPF zum 3. Mal das **Zertifikatsstudium »Pädagogische Führung und Management«** an.

Es handelt sich um ein berufsbegleitendes Studium, das sich über 168 Unterrichtsstunden erstreckt, mit 21 Präsenztagen, die in Blockveranstaltungen zusammengefasst sind und in unterrichtsfreier Zeit stattfinden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwerben umfassendes Management- und Führungswissen und werden in die Lage versetzt, alle Aspekte moderner pädagogischer Führung in den Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen angemessen und zielgerichtet einsetzen zu können. Die erste Studiengruppe haben 27 Teilnehmer durchlaufen. Aktuell nehmen 28 Personen an der 2. Staffel teil. In der 3. Studiengruppe mit Beginn am 16.05.2008 sind noch Plätze frei.

Am 5. September 2008 wird eine neue Reihe der DAPF starten: Die Kamingsgespräche. Nach einem Aperò und einem Abendessen wird ein prominenter Redner als After-Dinner-Speaker eine Impulsrede halten und dabei vor einem anderen Hintergrund das Thema Führung behandeln. Es werden Persönlichkeiten aus Sport, Politik, Kultur und Wirtschaft zu der Leitfrage sprechen: Wie können Schulleiter und Schulleiterinnen von erfolgreicher Führung in anderen Bereichen profitieren? Im Anschluss daran wird der Austausch der Teilnehmer untereinander und mit dem Referenten im Mittelpunkt stehen.

Alle Seminare und Veranstaltungen finden in den Räumen des Zentrums für Weiterbildung (ZfW) der Technischen Universität Dortmund statt. Das **Gebäude des ZfW**, das sich in der Nachbarschaft zu den Westfalenhallen befindet, ist verkehrsgünstig gelegen; eine U-Bahn Station (Haltestelle Polizeipräsidium) ist in unmittelbarer Nähe. Vor dem Haus stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung.

Zielgruppe aller Veranstaltungen sind (stellvertretende) Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer mit Interesse an Leitungsaufgaben, Funktionsstelleninhaber, Steuergruppenmitglieder, Schulaufsichtsbeamte und Schulbegleiter.

Wir bitten alle Schulleiterinnen und Schulleiter, diese Informationen an ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter und alle anderen interessierten Lehrkräfte weiterzuleiten.

Weitere Informationen unter:

www.dapf.uni-dortmund.de

Kontakt: Dr. Jörg Teichert, Dipl.-Päd. Elisabeth Rhinow; Tel.: 0231-755 6621;

E-Mail: elisabeth.rhinow@uni-dortmund.de

Die DAPF ist ein Bereich des »Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung der Universität Dortmund e. V.«



■ Schüleraustausch 2009/2010 – Termine

Früh informiert sich, wer ein Austauschschüler werden will.

■ Familienzuwachs planen

Wir suchen Gastfamilien für das Schuljahr 2008/2009.

Schüleraustausch 2009/2010 – Termine

Schuljahr 2009/2010 – das klingt wie die ferne Zukunft, doch für den Schüleraustausch hat diese Zeit schon begonnen. Bereits jetzt sollten sich Schülerinnen und Schüler, die Interesse an einem längeren Austauschprogramm (3–10 Monate) haben, über Bewerbungsmodalitäten und Anmeldeschlüsse informieren. Interessant ist dies in der Regel für alle, die zwischen 15 und 18 Jahre alt sind.

Anfang Mai steht die Ausschreibung des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) vor der Tür. Das PPP ist das einzige von zwei Parlamenten getragene Austauschprogramm und findet zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland statt. Vergeben werden in diesem Zusammenhang Stipendien für deutsche Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige bzw. Auszubildende. Der Stichtag für die Bewerbung liegt in der Regel Anfang September. Nähere Informationen gibt es mit Ausschreibungsbeginn auf unseren Internetseiten.

Wir, Partnership International e. V., vergeben ebenfalls Stipendien. Dabei handelt es sich um Teilstipendien für den Schüleraustausch über ein ganzes akademisches Jahr (10 Monate). Bewerbungsschluss hierfür ist der 1. September 2008. Auf unseren Internetseiten sind weitere Voraussetzungen einsehbar.

Informationen zu all unseren Programmen für 2009/2010 sind voraussichtlich ab Mai 2008 verfügbar und können unter www.partnership.de abgerufen werden.

Zu bedenken ist immer: Die Entscheidung für den Schüleraustausch und die zu wählende Organisation sollte gut durchdacht und gezielt erfolgen. Die Sommerferien 2008 sind aus der Erfahrung heraus ein guter Zeitraum für eine Bewerbung.

Bewerbungen sind bei uns grundsätzlich unverbindlich und setzen sich aus der schriftlichen Bewerbung und einem Interview, geführt durch geschulte, ehrenamtliche Mitarbeiter, zusammen.

Familienzuwachs planen – Gastfamilien für 2008/2009

Die amerikanischen Stipendiaten und Stipendiatinnen des 24. Parlamentarischen Patenschafts-Programmes (PPP) haben

inzwischen drei Viertel ihres Abenteuers »10 Monate Deutschland« absolviert. Die meisten haben sich so gut eingelebt, dass mit Fug und Recht gesagt werden kann: Sie haben ein zweites Zuhause gefunden.

Inzwischen laufen die Vorbereitungen für die Ankunft der amerikanischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen des 25. PPP. Auch ihnen möchten wir die Möglichkeit geben, Deutschland und die deutsche Kultur kennenzulernen. Um dies zu erreichen, suchen wir Familien, die bereit sind einen Schüler oder eine Schülerin für ca. neun Monate bei sich aufzunehmen. Die amerikanischen Stipendiaten sind ab Mitte August für ca. zehn Monate in Deutschland und absolvieren zunächst ein knapp vierwöchiges Sprachcamp. Mitte September fahren sie schließlich in die Gastfamilien. Für die Familien ergibt sich durch den Familienzuwachs natürlich genauso wie für die Schüler die Chance, eine andere Kultur zu erfahren und die eigene Welt auch einmal aus einer anderen Perspektive wahrzunehmen.

– Ist Ihre Neugierde geweckt? –

Als potenzielle Gastfamilie müssen Sie zu Beginn unverbindlich ein Gastfamilien-Selbstinterview ausfüllen und einreichen. Daraufhin werden Sie von einem ehrenamtlichen Mitarbeiter, der in der Regel auch der örtliche Betreuer für mögliche Gast-schüler ist, besucht. Wenn die Rahmenbedingungen für einen Gast-schüler oder eine Gast-schülerin gegeben sind, erfolgt eine Aufnahme in den »Gastfamilienpool«. Auch dies ist alles unverbindlich.

Um zusätzliches Informationsmaterial oder die Unterlagen für das Selbstinterview zu bekommen, wenden Sie sich bitte an unsere Bundesgeschäftsstelle in Köln. Informationsmaterial in Form von Flyern und Plakaten schicken wir Ihnen gerne zu, denn vielleicht kennen Sie ja interessierte Familien oder Orte, an denen man deren Aufmerksamkeit findet?

Partnership International e. V.

– ehemals Fulbright Gesellschaft –

gemeinnützig, Träger der freien Jugendhilfe

Informationen zu unseren Programmen und Aufgaben erhalten Sie über unsere

Bundesgeschäftsstelle in Köln

Hansaring 85, 50670 Köln

Telefon 0221-913 97 33

Fax 0221-913 97 34

E-Mail: office@partnership.de

oder unser

Hauptstadtbüro in Berlin

Marienstraße 2, 10117 Berlin-Mitte

Telefon 030-335 12 65

Fax 030-355 050 54

E-Mail: berlin@partnership.de

www.partnership.de



Bürokratenhämmerchen

Karneval am Rhein oder »das gibt's doch nicht«?

Als Schulleiter, der an der Weiterentwicklung der Schulen und an der Unterrichtsverbesserung unentwegt interessiert ist, las ich voller Entzücken die anregende Meldung aus Düsseldorf, für die Zukunft des Schulwesens neue begeisterungsfähige Jugendliche Lehrer und Lehrerinnen gewinnen zu sollen:

Am 12. und 13. Februar fänden Informations- und Schnuppertage in den Studienseminaren statt.

Schüler und Schülerinnen der gymnasialen Oberstufe gälte es, z. B. durch Besuche in den Seminaren für den Lehrerberuf zu begeistern.

Als auf allen medialen und sinnesgesteuerten Eingangskanälen geschulter Mensch las ich also diese erfreuliche Meldung – und hörte gleichzeitig, dass ab dem Jahr 2010 keine Lehrer/-innen in NRW mehr eingestellt würden.

Multitalentiert gelang es mir außer zu lesen und zu hören auch noch zeitgleich eigenverantwortlich zu denken: »Ruhig – das gibt es doch gar nicht – im Moment ist Karneval – Düsseldorf ist eine der rheinischen Hochburgen – selbst dort ist man

zu makabren Scherzen aufgelegt – gerade weil Frau Ministerin aus Ostwestfalen kommt ...«

Relativ optimistisch rief ich daher noch vor Aschermittwoch in der Zentrale karnevalistischer Fröhlichkeit und ebensolcher Entscheidungen an – im Ministerium für Schule und Weiterbildung. Dort bekam ich allerdings – aller Scherze zum Trotz – von mehreren Ministerialbeamten beide Meldungen bestätigt und verifiziert.

So bleibt mir als dienst- und pflichtbewusstem Schulleiter nur die froh stimmende Aufgabe, die besten, begeisterungsfähigsten, kreativsten und vor allem schnellsten Schülerinnen und Schüler darüber zu informieren, dass Lehrer und Lehrerin einer der schönsten Berufe der Welt ist, und dass sie sehr schnell sein sollten – zwei Jahre für Studium und Referendariat –, um diesen gewinnbringenden Berufswunsch zu verwirklichen.

Und die Moral von der Geschicht': Denke nie, »das gibt's doch nicht«.

Adressen- und Kontoänderungen

Liebe Mitglieder,

um stets unsere neuesten Informationen zu erhalten und die Arbeit der Geschäftsstelle zu erleichtern, bitten wir Sie, uns Adressen- und Kontoänderungen möglichst umgehend mitzuteilen (nachstehenden Abschnitt kopieren, ausfüllen, und einsenden an die Schulleitungsvereinigung NRW e. V., Zirkonstr. 3, 33739 Bielefeld)

oder die Änderungen per E-mail mitteilen:
slv-nrw@slv-nrw.de

Neue Anschrift Neue Kontonummer
 Nichtzutreffendes bitte streichen

Name

Straße (alt)

PLZ, Ort (alt)

Konto (alt)

BLZ (alt)

Bank (alt)

Straße (neu)

PLZ, Ort (neu)

Konto (neu)

BLZ (neu)

Bank (neu)

Da ist Bewegung drin:

- Pendlerpauschale
- Arbeitszimmer
- Urlaubsgeld
- Weihnachtsgeld
- Beamtenbesoldung überhaupt ...

Mehrere Gerichte sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die aktuellen Einschränkungen verfassungswidrig sind, Musterverfahren sind eingeleitet, höchstrichterliche Urteile bis hin zum Bundesverfassungsgericht werden erwartet. Die Verfahren werden Jahre dauern.

Wenn Sie Ihre Ansprüche sichern wollen, müssen Sie sich an die laufenden Verfahren »anhängen«, entsprechende Anträge stellen bzw. Einsprüche einlegen und das Ruhen des Verfahrens bis zur höchstrichterlichen Entscheidung beantragen. Wer das nicht tut, läuft Gefahr, bei günstigem Ausgang der betreffenden Verfahren leer auszugehen.

Musterschreiben zur Sicherung Ihrer Ansprüche finden Sie auf unserer Internet-Seite:
www.slv-nrw.de

www.plan-deutschland.de

**Öffne deine Augen
für meine Welt.
Werde
Pate!**

Nähere Infos:
040-611 400

Plan International Deutschland e.V.
Bramfelder Str. 70 · 22305 Hamburg

Internationales Kinderhilfswerk

Plan

Impressum

Herausgeber:
Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V. (SLV NRW e.V.)
 Vorsitzender: Dr. Burkhard Mielke

Geschäftsstelle:
 Wolfgang Gruhn, Zirkonstr. 3,
 33739 Bielefeld, Tel./Fax: 0 52 06/80 47
E-Mail: slv-nrw@slv-nrw.de
Internet: <http://www.slv-nrw.de>
Redaktion: Hans-Dieter Hummes
 (verantw.),
 Dr. Burkhard Mielke, Bernhard Staercke
Redaktionsanschrift:
 Herzfelder Str. 28,
 59329 Wadersloh-Liesborn,
 Tel.: 0 25 23/61 37, Fax: 0 25 23/63 05
E-Mail: hummes@slv-nrw.de
Erscheinungsweise: 4mal jährl. als Beilage
 von »Pädagogische Führung«
Bezugsbedingungen: Einzelheft SLNRW:
 6,- € (im Mitgliedsbeitrag enthalten)
Anzeigen: Bei der Geschäftsstelle oder der
 Redaktion anfragen.
 Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
 unbedingt die Meinung der SLV wieder.

Verlag: Wolters Kluwer Deutschland
 GmbH,
 Heddesdorfer Straße 31, 56564 Neuwied,
 Tel.: 0 26 31/8 01-0, Fax: 0 26 31/8 01-22 04
Redaktion: Rudolf Ederer (0 26 31/8 01-
 2213), Dorothe Flöck (0 26 31/8 01-2356)
Satz: TypoScript GmbH, München
Druck: Wilhelm & Adam, Heusenstamm

Heft 1, 1. Quartal 2008

Redaktionsschluss 28.01.2008
ISSN 0904-0552

Ansprechpartner im Vorstand:
**Regionen (bitte auch die Homepage
 konsultieren, s. o.):**
Reg. Bez. Arnsberg: Hans-Dieter Hummes
 (kommissarisch, s. Redaktionsanschrift)
Reg. Bez. Detmold: N.N. (Geschäftsstelle)
Reg. Bez. Düsseldorf: Margret Rössler:
 Tel. 0211/87 74 27 9
 Fax: (d.): 0211/8 99 96 12
 E-Mail: roessler@slv-nrw.de
Reg. Bez. Köln: Wolfgang Saupp,
 Tel. 02261/96800
 E-Mail: saupp@slv-nrw.de

Reg. Bez. Münster: Hans-Dieter Hummes
 (siehe Redaktionsanschrift) und
 Rosemarie Flecke: Tel. 0251/924 54 67
 Fax (d.): 0251/21 05 1-74
 E-Mail: flecke@slv-nrw.de
Pensionäre:
 Rudi Doil (Ehrenvorsitzender)
 Fon 05202/72647 Fax 05202/73627
 E-Mail: doil@slv-nrw.de

**Allgemeiner Schulleitungsverband
 Deutschlands e.V. (ASD) im Internet:**
<http://www.schulleitungsverbaende.de>